



**Ansprache von
Micheline Calmy-Rey
Bundespräsidentin**

**Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für
auswärtige Angelegenheiten**

**Anlässlich der offiziellen
Eröffnung der Botschafterkonferenz 2011
Luzern
Montag, 22. August 2011**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
Sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter,
Sehr geehrte Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren,
Sehr geehrte Leiterinnen und Leiter der Kooperationsbüros,
Sehr geehrte Generalkonsulinnen und Generalkonsulen,
Sehr geehrte Honorarkonsulinnen und Honorarkonsulen,
Meine Damen und Herren,**

Zuerst möchte ich Ihnen für Ihren täglichen Einsatz und Ihr unermüdliches Engagement im Dienste unseres Landes danken.

Es freut mich ausserordentlich, Sie hier in Luzern zur Botschafterkonferenz 2011 begrüßen zu dürfen.

In den nächsten Tagen werden Sie sich mit mir, aber auch miteinander und mit unseren Gästen über Ihre Erfahrungen, Ihr Wissen, Ihre Ideen, Überlegungen und vielleicht auch über Ihre Projekte austauschen. Meine Damen und Herren, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sie sind es, die in einer Vielfalt von Ländern und Kulturen leben und arbeiten, die dadurch mit geschärftem und selbstkritischen Blick zugleich auf die Welt und die Schweiz schauen und sich für unser Land einsetzen. Unser Austausch ist deshalb immer ausgesprochen bereichernd und konstruktiv.

Unter den Vertreterinnen und Vertretern der Schweiz im Ausland gibt es eine etwas besondere Gruppe. Ich meine die Honorarkonsulen und –konsulinnen, die zu begrüßen ich heute das Vergnügen habe. Sie sind zum ersten Mal in der Geschichte der Botschafterkonferenzen anwesend, Sie, die sich ohne Entschädigung für ihre Arbeit täglich in den Dienst unseres Landes stellen, häufig in Städten und Ländern, wo die Lebensbedingungen alles andere als einfach sind.

Sehr geehrte Honorarkonsulen und Honorarkonsulinnen,

Sie wurden zu unserer Konferenz eingeladen, weil wir überzeugt sind, dass Ihre Erfahrungen, Ihre beruflichen Kontakte und Ihre Standpunkte für unseren Anlass einen Mehrwert bedeuten. Ich heisse Sie deshalb herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren

Es besteht in der Schweiz kein Konsens darüber, wie wir uns in der Welt positionieren sollen. Die Arbeit des EDA gestaltet sich dadurch schwierig, umso mehr, als die Grenze zwischen Innen- und Aussenpolitik fliessend verläuft. In den vergangenen Jahren galten unsere Prioritäten und unsere Hauptarbeit jedoch folgenden Punkten:

- 1. der Europapolitik und der Organisation des bilateralen Wegs**
- 2. der Ausdehnung unseres politischen Einflussbereichs über Europa hinaus**
- 3. der Wahrnehmung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Interessen**
- 4. und schliesslich der Friedenspolitik und der Vermittlerrolle der Schweiz sowie der Entwicklungspolitik.**

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind für uns die weitaus wichtigsten Partner, sowohl aufgrund ihres politischen und wirtschaftlichen Gewichts als auch durch ihre geografische und kulturelle Nähe. In wirtschaftlicher Hinsicht erfolgen seit einem Jahrzehnt stets 60% der Exporte und 80% der Importe mit der EU. Diese Zahlen erklären, weshalb die Wirtschaftsakteure in der Schweiz ein grosses Interesse an einem unbeschränkten, diskriminationsfreien Zugang zum EU-Markt haben. Die Volkswirtschaften der Schweiz und der EU sind so stark verflochten, dass Unvereinbarkeiten zwischen den geltenden Gesetzgebungen und Reglementierungen den Marktzugang in fast jedem Fall behindern.

Das Binnenmarktrecht der EU ist zu einer umfassenden Rechtsordnung geworden, die für den grössten Teil Europas gilt. Unabhängig vom effektiven Grad der Vereinbarkeit zwischen EU-Recht und schweizerischem Recht in gewissen Bereichen ist das EU-Recht, das sich ständig weiterentwickelt, ein zentraler Parameter für die gesetzgeberische Tätigkeit der Schweiz, namentlich wenn es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem europäischen Markt zu erhalten und zu verbessern.

Bis heute hat der Bundesrat verschiedene Mittel eingesetzt, um die Vereinbarkeit zwischen schweizerischen und europäischen Bestimmungen möglichst gut zu gewährleisten. Auch wenn wir mit diesem Ansatz insgesamt befriedigende Ergebnisse erzielen konnten, ist es seit einigen Jahren sehr

schwierig geworden, mit der EU neue Verträge abzuschliessen, die auf den gewohnten institutionellen Lösungen basieren. Davon zeugen die Schwierigkeiten bei den laufenden Verhandlungen über eine Marktöffnung in Bereichen wie Agrarfreihandel, Strom oder REACH. Diese Schwierigkeiten sind das Ergebnis einer Realität, die für Brüssel offensichtlich ist: Die EU pflegt mit der Schweiz so enge Beziehungen wie sonst nur mit den Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums. Aus Sicht der EU ist die Schweiz fast ebenso gut in ihren Binnenmarkt integriert wie Norwegen, Island und Liechtenstein. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Die Beteiligung der EWR-Staaten am EU-Binnenmarkt basiert auf supranationalen Mechanismen mit einheitlichen Rechtsbestimmungen. Die Beziehungen zur Schweiz dagegen sind traditionell durch klassische internationale Verträge geregelt, die keine supranationalen Elemente enthalten. Die EU will dies künftig korrigieren, weil sie der Ansicht ist, dass die heutige Situation die geltenden Binnenmarktregeln verzerrt – zugunsten des Drittlandes Schweiz und zulasten der Mitgliedsstaaten.

Die Schweiz hat mit den Bilateralen eine Europapolitik *sui generis* entwickelt, die von Volk und Ständen gutgeheissen wurde. Die bilateralen Abkommen, die in den letzten 10 Jahren in Kraft traten, sind zweifellos als diplomatischer und politischer Erfolg unseres Landes zu werten.

Die Bewahrung dieses Erfolgs und die Anpassung an die heutigen Bedingungen sind für den Bundesrat zentral.

Ich betrachte die Erfolge, die mit den bisherigen bilateralen Verträgen erzielt wurden, als Referenzpunkt für die nächste Phase unserer Europapolitik. Unser Ziel sind Ergebnisse, die als Minimum mit den Bilateralen I und II vergleichbar sind, da ein Beitritt keine Option ist.

Deshalb haben wir in unseren Verhandlungen mit der EU Lösungen vorgeschlagen, die den Zugang zum grossen europäischen Markt gewährleisten, die aber gleichzeitig unsere Unabhängigkeit und unsere institutionellen Abläufe respektieren. Die in Betracht gezogenen Lösungen müssen auch unsere wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen und unsere Wettbewerbsvorteile wahren.

Es bedeutet auch, dass wir bereit sein müssen, über die institutionellen Modalitäten unserer künftigen Beziehungen zu verhandeln. Wir arbeiten an kreativen Lösungen, mit denen wir unsere Entscheidungsfreiheit behalten. Aus diesem Grund will der Bundesrat künftige Weiterentwicklungen des europäischen Rechts nicht automatisch übernehmen. Die Schweiz will neue Bestimmungen, die über die geltenden EU-Abkommen hinausgehen, nur dann übernehmen, wenn sie sich in angemessener Form an entsprechenden Entscheidungsprozessen beteiligen kann.

Die aktuelle Situation präsentiert sich deshalb wie folgt. Wie Sie wissen, haben wir in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der EU verschiedene institutionelle Fragen erörtert. Der Bundesrat hat sich ausserdem bereit erklärt, mit der EU hier nach Lösungen zu suchen, und zwar im Rahmen möglicher neuer Verhandlungen. Dies muss allerdings innerhalb eines sorgfältig ausbalancierten Gesamtpaketes geschehen, welches auf einer gewissen Reziprozität beruht. Ich habe im Februar 2011 mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, vereinbart, den gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz, den der Bundesrat bei der Weiterführung des bilateralen Wegs verfolgt, zu vertiefen.

In diesem Prozess befinden wir uns derzeit. Wir sondieren mit der EU die Möglichkeiten, in künftigen Verhandlungen die Anliegen beider Parteien zur beiderseitigen Zufriedenheit zu erfüllen. Wenn wir zum Beispiel die zweifellos beschwerliche Diskussion über die institutionellen Fragen nicht auf uns nehmen, laufen wir Gefahr, dass dadurch der bilaterale Weg blockiert wird und der Marktzugang unserer Firmen in der EU erodieren wird. Wir müssen deshalb fähig sein, bezüglich der institutionellen Fragen, aber auch im Hinblick auf die materiellen Dossiers, die wesentlichen Interessen, die wir in neuen Verhandlungen wahren wollen, von den weniger zentralen Fragen zu unterscheiden. Auf dieser Basis können wir der EU substanzielle Vorschläge machen und gleichzeitig eine harte Haltung bei unseren Kernanliegen einnehmen. Nur so lassen sich die wesentlichen Interessen der Schweiz erfolgreich verteidigen. Ich erwarte meinerseits auch von der EU eine konstruktive Haltung bei der Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, den wir in den letzten Jahren gemeinsam beschritten haben. Dies liegt, wohlverstanden, im Interesse beider Partner.

Die aktuelle europapolitische Lage lässt sich derzeit natürlich nicht beschreiben, ohne die Schuldenkrise in der Euro-Zone und die damit verbundene Aufwertung des Schweizer Frankens zu erwähnen. Die Schweiz ist keine Insel – und die Turbulenzen, unter denen unser wichtigster Wirtschafts- und Handelspartner leidet, haben auch Folgen für unsere Wirtschaft, die stark auf eine Öffnung und die Exporte ausgerichtet ist.

Natürlich widerspiegelt der starke Franken auch den Zustand unserer Wirtschaft: Ende Juni 2011 betrug unsere Arbeitslosenrate 2,8 Prozent, unsere öffentliche Verschuldung belief sich 2010 auf 38,3 Prozent des Bruttoinland-Produkts und unsere Staatsrechnung wies einen Überschuss von 4,2 Milliarden Schweizer Franken aus. Doch selbst wenn sich unsere wirtschaftlichen Fundamentaldaten im internationalen Vergleich sehen lassen dürfen, sind wir nicht gefeit vor Krisen. Was in der Eurozone und in den USA geschieht, wirkt sich auch auf uns aus.

In Zeiten der Krise und der Verunsicherung ist der Schweizer Franken eine Fluchtwährung. Er erfuhr in den letzten Monaten namentlich gegenüber dem Euro und dem Dollar eine starke Aufwertung. Wir haben darauf mit einer Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit und mit einer Diversifizierung unserer Märkte reagiert. Trotzdem ist die Situation für gewisse Branchen sehr schwierig.

Wie Sie wissen, hat die Nationalbank in den letzten zwei Wochen energisch auf den Märkten interveniert, um der Überbewertung des Frankens zu begegnen. Der Bundesrat unterstützt eine solche expansive Währungspolitik. Er teilt die Ansicht der Nationalbank, dass der Franken deutlich überbewertet ist und eine energische Intervention mittels der verfügbaren währungspolitischen Instrumente nötig ist.

Der Bundesrat verfolgt die konjunkturelle Entwicklung und die Situation auf den Finanzmärkten aufmerksam. Er nimmt die Probleme der Exportindustrie und des Tourismussektors ernst. Im vergangenen Februar hat der Bundesrat die finanziellen Mittel für Schweiz Tourismus für Tourismuswerbung in den Jahren 2011 und 2012 um 12 Mio. Schweizer Franken erhöht. Am 17. August hat der Bundesrat überdies beschlossen, zwei Milliarden Franken einzusetzen für eine temporäre Kostenreduktion, eine Stärkung der Innovationskraft und eine gezielte Verbesserung der langfristigen wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen in der Schweiz. Die für die Umsetzung des Massnahmenpakets erforderlichen Mittel sollen mit einem separaten Budgetnachtrag 2011 bereitgestellt werden. Mit einer Änderung der Eigenmittelverordnung der Banken will der Bundesrat zudem gegen die Überhitzung im Hypothekarsektor antreten.

Unser Land hat ein Interesse, dass sich die Finanzmärkte wieder beruhigen, will heissen: dass die Verantwortlichen die Schuldenproblematik in den Griff bekommen. Nur so wird das Vertrauen zurückkehren. Und nur dann werden die Investoren den Schweizer Franken als Fluchtwährung verlassen.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Ob nun aus Sicht der Wahrung unserer Interessen gegenüber Brüssel oder aus Sicht der Bekämpfung der Frankenstärke: Die Europapolitik wird weiterhin einer der Schwerpunkte unserer Aussenpolitik sein.

Gleichzeitig leben wir in einer globalisierten, eng verflochtenen Welt. Der europäische Kontinent ist dabei nur ein Akteur unter vielen anderen, andere, die zunehmend an Gewicht gewinnen.

Wir haben daher in den letzten Jahren

- die Beziehungen mit jenen Ländern gezielt ausgebaut, welche in ihrer Region oder weltweit die internationale Agenda massgeblich bestimmen;**
- wir haben insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen unser Engagement für globale Fragen vertieft;**
- wir haben immer häufiger versucht, unsere Anliegen zusammen mit Gleichgesinnten voranzutreiben und**
- wir haben uns auf einige Regionen und Themen von besonderem Interesse konzentriert.**

2005 hat der Bundesrat auf Empfehlung des EDA eine Strategie verabschiedet, die den Einflussbereich der Schweiz über Europa hinaus erweitert. Als ersten Schritt wollten wir die bilateralen Beziehungen mit unseren wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnern institutionalisieren. Inzwischen haben wir sieben Memoranda of Understanding mit den USA, mit Russland, China, Südafrika, Japan, Brasilien und der Türkei unterzeichnet.

Wir betreiben seit 2005 eine sehr aktive Politik gegenüber all diesen Staaten und bauen schrittweise strategische Partnerschaften auf: dies bedeutet, dass wir auf breiter thematischer Ebene Dialoge führen, dass wir Gefässe haben, um mögliche Probleme zügig anzupacken, dass wir systematisch Zusammenarbeitsmöglichkeiten identifizieren und dann auch konkretisieren. Es bedeutet, dass wir in internationalen Organisationen oder bei der Vorbereitung grosser Konferenzen verstärkt zusammenarbeiten; es kann bedeuten, dass wir gemeinsam Initiativen ergreifen oder unsere jeweiligen Anliegen gegenseitig unterstützen. Die Herausforderung für uns alle ist, Beziehungen so zu gestalten, dass wir unsere Aussenpolitik von blosser Dialogs- und Besuchsdiplomatie zu Interessenwahrung, Kooperation und Einflussnahme entwickeln. Je nach Land sind die Formate, Kontaktrythmen und Agenden unterschiedlich.

Einige wenige Beispiele müssen hier aus zeitlichen Gründen genügen:

Mit den Vereinigten Staaten verbindet uns eines der breitesten Netzwerke bilateraler Kooperationen überhaupt, so dass beim jährlichen Treffen der mit den USA kooperierenden Verwaltungsstellen der Sitzungssaal im Bundeshaus West nicht ausreicht, um alle Interessenten unterzubringen. Diese Beziehungen entwickeln sich in vielen Bereichen weitgehend von selbst und entlang der sachlichen Logik der jeweiligen Dossiers. Dann gibt es aber auch politisch relevante Themen, welche sorgfältiger Gestaltung bedürfen: das betrifft die Wahrung der amerikanischen Interessen insbesondere in Iran, wichtige Fragen der regionalen Sicherheit auf dem Balkan und im Kaukasus, oder die Kooperation im Rahmen des Interesses am Beitritt Russland zur WTO. Es gibt eine bedeutende Zusammenarbeit in diesen für die USA wichtigen Themen.

Die USA nehmen ihrerseits regelmässig eine politische Beurteilung der Gesamtbeziehungen mit der Schweiz vor. In dieser Beurteilung stellt sich das Engagement der Schweiz für Themen und Probleme, welche für die USA interessant sind, als sehr nützlich heraus, wenn es etwa darum geht, Lösungen in den sehr schwierigen Verhandlungen zu Finanz- und Steuerfragen zu finden. Durch strategische Partnerschaft, Kooperation und Diplomatie können Lösungen in technischen Dossiers unterstützt werden.

Ähnlich, wenn auch in anderem Format, entwickeln sich unsere Beziehungen mit Russland. In den vergangenen Jahren haben sich die Konsultationen und Kooperationsfelder schnell intensiviert und auch hier sind die Kapazitätsgrenzen der Sitzungszimmer erreicht. Der regelmässige politische Dialog ist aber stärker noch als mit den USA eine Gelegenheit, die Gesamtbeziehungen zu organisieren, Probleme zu lösen oder sie auf politische Ebene zu bringen. Die positive Dynamik in den bilateralen Beziehungen hat das Vertrauen Russlands in die schweizerische Diplomatie gestärkt, was wiederum der Schweiz ermöglicht hat, ihre guten Dienste etwa zwischen Russland und Georgien zum Tragen zu bringen. Die objektive und zuverlässige Art der schweizerischen Dienstleistung erleichtert wiederum den Dialog und die Zusammenarbeit in aussenpolitisch sehr delikaten Themen wie der regionalen Stabilität im Kaukasus, der iranischen Nuklearfrage, dem arabischen Frühling oder dem nahöstlichen Friedensprozess. Damit wiederum erhalten bilaterale Beziehungen zusätzliche Substanz.

Der Aufbau strategischer Partnerschaften bedeutet immer auch, positive Dynamiken zwischen einzelnen Dossiers zu entwickeln, bi- und multilaterale Ebenen zu verbinden und gemeinsame Interessen durch konkrete Kooperationen zu fördern:

- die positiven und sehr dynamischen Wirtschaftsbeziehungen, welche wir mit China unterhalten, haben es kürzlich erlaubt, auch einen Finanzdialog aufzugleisen, was der Schweiz wiederum ermöglicht, näher an die G-20 Entscheidungsprozesse heranzukommen.

- Die enge Zusammenarbeit, welche wir seit Jahren mit Mexiko im Bereich der Menschenrechte, der menschlichen Sicherheit und institutioneller UNO Reform aufgebaut haben, dürfte im Rahmen der Vorbereitungen der Rio + 20 Konferenz zu einer vertieften Kooperation auch in Fragen der Nachhaltigkeit und der Reform der UNO Institutionen führen.

- Der politische Dialog mit Brasilien beginnt sich seinerseits zu konkretisieren, auch hier wiederum in enger Verbindung von bi- und multilateralen Themen. Die Interessenkonvergenz und Kooperation in Fragen von Umwelt und Nachhaltigkeit erleichtern wiederum eine positive Haltung dort, wo es Probleme gibt: Dank einer verstärkten Zusammenarbeit und der ausgezeichneten Beziehungen sind wir besser in der Lage, unsere wichtigen

Interessen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich zu wahren. Mit Brasilien konnten wir etwa die Streichung unseres Landes von der sogenannten „schwarzen Liste“ der brasilianischen Steuerverwaltung erreichen, die unsere in Brasilien tätigen Unternehmen stark getroffen hätte.

Eine Entwicklung unserer Aussenpolitik über Europa hinaus hat Konsequenzen für unser Vertretungsnetz. Wir haben konsularische Zentren geschaffen, die mehrere Länder abdecken. Die Konzentration der konsularischen Dienstleistungen in regionalen Zentren führt zu mehr Effizienz und einem besseren Einsatz unserer Ressourcen. Die ersten solchen Konsularzentren sind eröffnet worden und die ersten Erfahrungen damit sind positiv. Gleichzeitig wird unser Vertretungsnetz in Asien und Zentralasien, in Russland, China und Indien ausgeweitet. Am vergangenen Mittwoch hat der Bundesrat die Eröffnung einer Botschaft in Doha beschlossen.

Mit wichtigen Partnern Interessen zu identifizieren, Kooperationsfelder aufzubauen und Einfluss zu nehmen und auszubauen ist nicht nur eine Frage der bilateralen Beziehungen: Einfluss zu nehmen bedeutet auch, in den internationalen Organisationen aktiv zu sein.

Unser Engagement in den multilateralen Institutionen ist genießt hohe Visibilität und wird auch sehr geschätzt, sei es bei den Vereinten Nationen, den Bretton Woods Institutionen, der WTO, der OECD, der OSZE oder im Europarat.

An dieser Stelle möchte ich unsere Rolle in der UNO besonders hervorheben. Nächstes Jahr kann die Schweiz das zehnjährige Jubiläum des UNO-Beitritts feiern. Dank ihrer Präsenz und ihres professionellen und unvoreingenommenen Engagements hat unser Land auf globaler Ebene deutlich an Profil und Einfluss gewonnen. Sie konnte klare Erfolge verzeichnen, von denen ich nur die aktuellsten erwähnen möchte:

Die Präsidentschaft der 65. UNO-Generalversammlung durch Joseph Deiss, den Einsitz im High-level Panel on Global Sustainability des UN Generalsekretärs, die Durchführung des XIII. Gipfels der Frankophonie in Montreux und die Präsidentschaft der Burundi-Konfiguration.

Die Schweiz engagiert sich mit Nachdruck in der Frage der Erweiterung des Sicherheitsrats und der Revision seiner Arbeitsmethoden, sie beteiligt sich an

der Vorbereitung der Konferenz über nachhaltige Entwicklung, die 2012 in Rio stattfinden wird (Rio+20), sie ist aktiv in den Bereichen Klimaerwärmung, Migrationspolitik, humanitäre Politik und organisiertes Verbrechen, und sie setzt sich weiterhin sowohl für die Menschenrechte, als auch für die Nicht-Verbreitung von Kernwaffen sowie für Frieden und Sicherheit in der Welt ein.

Voraussetzung für ein solches Engagement ist der Beitrag zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und Akteure aus der Zivilgesellschaft sowie ein weitreichendes Beziehungsnetz, das Sie, meine Damen und Herren, aufgebaut haben.

In zehn Jahren erwartet uns eine weitere Herausforderung. Am 12. Januar 2011 hat nämlich der Bundesrat entschieden, dass die Schweiz eine Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO für den Zeitraum 2023/2024 einreichen wird. Wenn die Schweiz zwei Drittel der Stimmen der Generalversammlung für sich gewinnen will, muss sie bereits heute für ihre Kandidatur werben und dafür sorgen, dass sie am 1. Januar 2023 in der Lage ist, die Aufgaben eines Mitglieds des Sicherheitsrats zu erfüllen.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Allianzen und Partnerschaften mit Institutionen und Ländern, welche die internationale Agenda massgeblich bestimmen, sind für die globale Aussenpolitik von zentraler Bedeutung. Wir haben aber in den letzten Jahren auch deutlich unter Beweis gestellt, dass die Arbeit an wichtigen Themen mit gleichgesinnten Ländern, unabhängig von ihrer regionalen Lage von ganz entscheidender Bedeutung ist. Seit Koalitionen von gleichgesinnten Staaten dem Anti-Personenminen Vertrag zum Durchbruch verholfen haben, seit eine ähnliche Koalition den Internationalen Strafgerichtshof ins Leben gerufen hat, wissen wir: Allianzen von Gleichgesinnten können wichtigen Anliegen gegen Widerstände machtpolitisch bedeutender Länder- und Ländergruppen zum Durchbruch verhelfen. Wichtige Anliegen der schweizerischen Aussenpolitik werden in Freundesgruppen von Gleichgesinnten vorangetrieben. Mit Costa Rica, Jordanien, Singapur und Liechtenstein arbeiten wir an den Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates; mit Deutschland, Dänemark, Schweden und andern setzen wir uns für Rechtsstaatlichkeit von Sanktionen ein; mit Brasilien, Kenia, Indonesien, Grossbritannien, den Niederlanden und zahlreichen anderen Ländern haben wir die Thematik der Entwicklung und

bewaffneten Gewalt vorangetrieben, mit Spanien und vielen andern engagieren wir uns für die Abschaffung der Todesstrafe.

Auch wenn sich Freundesgruppen ad hoc rund um Themen bilden, sind es doch gleichzeitig auch Gelegenheiten, bilaterale Beziehungen zu entdecken und zu gestalten. Ich sage bewusst „entdecken“, weil oft erst durch die konkrete Kooperation zu globalen Themen das Bewusstsein kommt, dass gemeinsame Interessen da sind, welche es zu gestalten gilt und auf denen weiterreichende Beziehungen aufgebaut werden können.

Allianzen- und Koalitionsbildung erfolgen rund um gemeinsame Interessen an regionalen Entwicklungen. Aus offensichtlichen Gründen der Geographie hat die Schweiz in ihren operationellen und politischen Aktivitäten Schwerpunkte in der europäischen Nachbarschaft gesetzt: wir engagieren uns seit Jahren auf dem Balkan, seit geraumer Zeit im Kaukasus und in Zentralasien und natürlich in jüngerer Zeit in der arabischen Welt, insbesondere dort, wo unsere Hilfe und unser Engagement bei der Konsolidierung und Stärkung der demokratischen Errungenschaften des Arabischen Frühlings gefragt ist. Dieses Engagement erfolgt in den Kernbereichen der EU Aussenpolitik und wird in Brüssel entsprechend positiv zur Kenntnis genommen. Auch dies ist ein Beispiel, wie Beziehungen nicht nur aus direkten bilateralen Kontakten gestaltet werden, sondern auch durch das gemeinsame Engagement in Regionen und für Themen von beiderseitigem Interesse.

Die Schweiz zeichnet sich auf globaler Ebene immer auch durch eine engagierte Politik zu sensiblen Themen aus. Ein Beispiel dafür ist die schweizerische Abrüstungs- und Nuklearpolitik. Neben ihrem Engagement im Bereich der zivilen Nutzung von Nuklearmaterial realisiert die Schweiz seit mehreren Jahren verschiedene Aktivitäten mit dem Ziel, die nukleare Abrüstung in Europa und weltweit zu fördern. Initiativen zur Zerstörung der Kernwaffen verdienen somit unsere konsequente, langfristige Unterstützung. Die Schweiz hat in diese Debatte eine humanitäre Perspektive eingebracht. Indem wir den Schwerpunkt auf die katastrophalen humanitären Folgen von Kernwaffen legen, wollen wir die Abrüstungsfrage neu beleben, denn diese drehte sich viel zu lange nur um strategische Überlegungen.

Aktuelle Initiativen in diese Richtung betreffen zum Beispiel die Herabsetzung der Einsatzbereitschaft von Kernwaffen, die in gewissen Fällen noch gleich ist

wie während des Kalten Kriegs. Die Schweiz ist in diesem Bereich besonders aktiv, namentlich durch eine Resolution in der UNO-Generalversammlung oder durch die Förderung des Dialogs in dieser Frage.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Ich möchte Sie alle bitten, ja auffordern, am Konzept einer konkreten und proaktiv gestaltenden Aussenpolitik teilzunehmen und von dort, wo Sie auf Posten sind, Beziehungen umfassend mitzudenken und mitzugestalten, der Zentrale Vorschläge zu unterbreiten und bei der Konkretisierung von Beschlüssen Hand anzulegen.

Als eine der zwanzig grössten Volkswirtschaften der Welt und als der siebtgrösste Finanzplatz hat die Schweiz ein zentrales Interesse, Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen so zu gestalten, dass wir ein gesichertes „level playing field“ für Wirtschaft und Banken auf dem internationalen Markt bereitstellen können.

Im Verhältnis zu den USA, zu Deutschland und Grossbritannien beschäftigen uns die noch ungelösten Bankenaltlasten. Mit Deutschland wurde ein für beide Parteien befriedigender Kompromiss ausgehandelt. Das vor zwei Wochen paraphierte Steuerabkommen ermöglicht eine willkommene Normalisierung der Beziehungen. Das mit Grossbritannien ausgehandelte Abkommen orientiert sich am gleichen Modell.

Dass der Übergang von der alten Welt der feinen Unterschiede zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung hin zur Weissgeldstrategie nicht ein einfacher ist, erleben wir seit Anfang 2009. Damals übernahm der Bundesrat zwar den internationalen Standard. Dank den revidierten Doppelbesteuerungsabkommen ist inzwischen die Amtshilfe auch in Fällen der Steuerhinterziehung möglich. Mit einer Mehrheit der wichtigen Partnerstaaten ist die rechtliche Grundlage inzwischen in Kraft oder zumindest in der Ratifikationsphase. Mit ein paar Ländern hat der steuerliche Informationsaustausch konkret begonnen. Aber die Auslegung des Standards ist alles andere als einfach. Das, was die OECD vorgibt, wird von den Ländern in wichtigen Aspekten unterschiedlich interpretiert. Zudem ist der Standard im Fluss, was die Umsetzung im nationalen Recht nicht erleichtert.

Lassen Sie mich zu den USA zurückkommen. Die amerikanischen Justiz- und Steuerbehörden geben sich mit dem revidierten Doppelbesteuerungsabkommen – zukunftsorientiert - und mit dem UBS-Abkommen – Vergangenheitslösung – nicht zufrieden. Sie halten vielmehr den Druck auf eine ganze Reihe anderer Finanzinstitute aufrecht und versuchen, an Kundendaten der Vergangenheit heranzukommen. Was für uns nicht angeht, sind amerikanische Versuche, der Schweiz die Wahl der rechtlichen Mittel zur Datenherausgabe aufzudrängen. Und zwar Mittel, die entweder zu langwierig oder rechtlich gar nicht zulässig sind, oder politisch nicht vertretbar. Mit dem bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen und dem Änderungsprotokoll gibt es gute Instrumente, um auf dem verbesserten Amtshilfeweg zu substantiellen Resultaten zu gelangen. Dass massive Amtshilfe in tausenden von Fällen möglich ist, hat die Implementierung des UBS-Abkommens gezeigt. Wir leisten seit Monaten Überzeugungsarbeit, um zu einer beidseitig akzeptablen Lösung zu gelangen.

Meine Damen und Herren

Zum Kernbereich unserer Aussenpolitik gehört ganz bestimmt unsere Friedens- und Menschenrechtspolitik. Diese ist inzwischen zu einem Markenzeichen unserer Aussenpolitik geworden. Die vom Bundesrat am 29. Juni 2011 verabschiedete Botschaft über die Weiterführung von Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit für 2012–2016 bestätigt die kontinuierliche Stärkung des EDA in einem Schlüsselbereich der Schweizer Diplomatie.

Es ist der Schweiz gelungen, sich sowohl in Konfliktregionen als auch auf zwischenstaatlicher Ebene und in internationalen Organisationen zu positionieren, indem sie auf Dialog und die Berücksichtigung gegenseitiger Interessen gesetzt hat. Sie wird regelmässig von Streitparteien zu Friedensverhandlungen eingeladen. In den letzten Jahren hat sich die Schweiz an rund zwanzig Friedensprozessen beteiligt, wobei sie eigene Mediationen durchführte oder wesentliche Beiträge in internationalen Teams oder mit anderen anerkannten Mediatoren erbrachte. Sie hat sich in Regionen engagiert, die für sie von Interesse sind und wo sie besonders viel erreichen kann, sei es aufgrund ihrer Neutralität oder besonders guter Kontakte, die sie im Zusammenhang mit anderen aussenpolitischen Aktivitäten geknüpft hat.

Die Schweiz nimmt beispielsweise sowohl für die Russische Föderation als auch für Georgien ein Schutzmachtmandat wahr. Sie vertritt die Interessen beider Parteien bei der jeweils anderen Partei. Georgien und Russland baten zudem die Schweiz, in den Verhandlungen für einen Beitritt Russlands zur WTO zu vermitteln.

Ein weiteres Beispiel: 2009 konnten in Zürich dank der Vermittlung der Schweiz zwischen Armenien und der Türkei die Protokolle zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern unterzeichnet werden. Hohe Vertreterinnen und Vertreter aus den USA, Russland, Frankreich und der Europäischen Union wohnten der Zeremonie bei, um ihre Unterstützung und Zustimmung in dieser Angelegenheit zu bekräftigen. Leider wurden die Protokolle von den beiden Parlamenten noch nicht ratifiziert. Zur Zeit unterstützen wir vertrauensbildende Massnahmen zwischen Armenien und der Türkei, um zum Frieden in der Region beizutragen.

Im Iran beschäftigt sich die Schweiz seit Frühling 2006 mit dem Nuklearprogramm, das aufgrund fehlender Transparenz heftige internationale Spannungen hervorrief. Die Schweiz unterstützt den Dialog zwischen den Gesprächspartnern. Unsere Arbeit ebnete den Weg zu mehreren Gesprächen, den Geneva Talks.

Auf dem Balkan ermöglicht die Schweiz in Zusammenarbeit mit einem nichtstaatlichen Partner einen Dialog zwischen serbischen Führungskräften aus dem Kosovo und aus Serbien. Es handelt sich dabei um die einzige Gesprächsplattform, bei der sich serbische Führungskräfte aller politischen Lager treffen. Nach den Ereignissen im Sommer prüfen wir weitere Möglichkeiten, wie die Schweiz aktiv zu friedvollen Beziehungen zwischen Serben und Kosovaren beitragen kann.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Engagement der Schweiz in solchen Prozessen ihr Image und den Einfluss ihrer Aussenpolitik aufwertet. Die Schweiz konnte so das Beziehungsnetz mit wichtigen internationalen Partnern stärken. Dieser Erfolg wäre ohne das intensive Engagement unseres diplomatischen Personals und unserer Expertinnen und Experten nicht möglich gewesen. Unsere Erfolge verpflichten. Deshalb sieht die vom Bundesrat am 29. Juni 2011 verabschiedete Botschaft über die Weiterführung von Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen

Sicherheit einen kontinuierlichen Ausbau der Massnahmen in diesem Schlüsselbereich der Schweizerischen Aussenpolitik vor.

**Meine Damen und Herren,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,**

Ich sehe auch weiterhin ein grosses Potential, mit Schweizer *Know-how* internationale Friedensprozesse zu stärken, mit einem breiten und auf praktischen Massnahmen basierenden Ansatz die Einhaltung der Menschenrechte zu verbessern und mit innovativen Konzepten den humanitären Schutz für Flüchtlinge, intern Vertrieben sowie Migrantinnen und Migranten auszubauen.

Die arabische Krise hat uns in Erinnerung gerufen, dass drastische Ungerechtigkeiten, eine eingeschränkte Freiheit und missachtete Rechte eine nachhaltige Entwicklung behindern

In der Region gibt es neue Akteure, die sich politisch anders ausrichten als ihre Vorgänger. Dies schafft neue Möglichkeiten für die Schweiz, Einfluss zu nehmen und ihre Beziehungen zu dieser Region positiv zu gestalten.

Meine Damen und Herren,

Die Zusammenarbeit zwischen wohlhabenden und armen Ländern ist zu einem wichtigen Pfeiler jeder Politik geworden, die die Globalisierung gestalten will. Angesichts der rasch wachsenden wechselseitigen Abhängigkeiten der Länder kommt der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit eine grosse Rolle zu.

Wichtige Weichenstellungen sind erforderlich, wenn die Schweiz ihrer internationalen Verantwortung - vor allem gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern - weiter gerecht werden soll.

Was die entwicklungspolitischen Investitionen betrifft, haben die eidgenössischen Räte im letzten Februar einen zukunftsorientierten Entscheid getroffen. Diese sollen bis 2015 auf 0.5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) erhöht werden.

Das EDA bereitet gegenwärtig eine neue Botschaft „Internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2013 – 2016“ vor. Erstmals wird der Bundesrat dem Parlament die Komponenten der internationalen Zusammenarbeit integral präsentieren: Diese sind:

- 1. Humanitäre Hilfe**
- 2. Entwicklungszusammenarbeit**
- 3. wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen**
- 4. Ost- und Transitionszusammenarbeit**

Das EDA hat eine Strategie der internationalen Zusammenarbeit formuliert, die den veränderten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen Rechnung trägt und den Beitrag der Schweiz zur Bewältigung der Armutprobleme und der globalen Risiken aufzeigt.

Das übergeordnete Ziel ist eine nachhaltige globale Entwicklung zur Reduktion von Armut und globalen Risiken.

In einer global dicht vernetzten Welt sind die wechselseitigen Abhängigkeiten der wohlhabenden und armen Länder stark angewachsen. Entwicklungsländer sind für die Wirkungen globaler Risiken wie instabile internationale Finanzmärkte, Klimawandel, scheiternde Staaten oder grenzüberschreitende Pandemien besonders anfällig und verwundbar. Deren Bewältigung erfordert eine starke internationale Zusammenarbeit, auch in wohlverstandenen Eigeninteresse der Schweiz. Die Schweiz kann nämlich ihre Eigeninteressen dann optimal geltend machen, wenn sie auch die aussenpolitischen Instrumente der internationalen Zusammenarbeit wirkungsvoll und koordiniert einsetzt:

- 1. mit globalen und thematisch fokussierten Programmen in den besonders relevanten Bereichen Klima, Ernährung, Wasser, Migration und Gesundheit, auch ausserhalb der Schwerpunktländer;**
- 2. mit multilateralen Programmen, um die Politik und Ausrichtung der multilateralen Institutionen mitzugestalten;**
- 3. mit bilateralen Programmen in den sogenannten Schwerpunktländern, das heisst in den ärmsten Ländern der Welt.**

**Meine Damen und Herren,
Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,**

Wir haben in den letzten Jahren Aussenpolitik und Diplomatie in einem schwierigen Umfeld und anhand wichtiger Konzepte und Ideen weiterentwickelt. Schwierig war das Umfeld, weil wir Globalisierungsschübe und gegenseitige Abhängigkeiten in bisher nicht bekanntem Ausmass erlebten, weil sich die Machtverhältnisse unter Ländern und Institutionen verschoben, tendenziell nach Osten und Süden, weil regionale Integrationsbewegungen gerade in Europa einen grossen Schritt nach vorne machten und damit auch die Schweiz herausforderten. Gleichzeitig hat sich die nationale Politik nicht einfach gleichförmig an Internationalisierung und Globalisierung angepasst, sondern stand und steht bis heute oft in einem Spannungsfeld zu diesen.

In vielen Ländern reagieren die Leute aus oft verständlichen Gründen abwehrend und skeptisch auf die Globalisierung, die im Alltag eher als Problem, denn als Fortschritt wahrgenommen wird. Diese Skepsis manifestiert sich auch gegenüber der Aussenpolitik. Am deutlichsten ist dies bei Migrationsfragen: obgleich die meisten Analysen deutlich machen, dass wir längerfristig in den meisten europäischen Ländern und so auch in der Schweiz Zuwanderung brauchen, um unsere wirtschaftliche Kraft und unseren Lebensstandard zu erhalten, werden gegenwärtige Wanderbewegungen primär als Bedrohung kultureller Identität und Konkurrenz um angeblich knappe Ressourcen verstanden. Obschon auf einer abstrakten Ebene Marktwirtschaft und Konkurrenzdenken zum Standard-Inventar politischer Diskussionen gehören, wollen viele Menschen die negativen Folgen des Systems nicht einfach akzeptieren: man will keine süddeutschen Taxifahrer, die den Einheimischen am Flughafen Zürich Konkurrenz machen, man befürchtet den Ausverkauf der Heimat, wenn eine ausländische Firma eine schweizerische kauft, obgleich die Schweiz und ihr Wohlstand massgeblich davon abhängen, dass schweizerische Firmen im Ausland investieren und folglich ausländische Firmen zukaufen. Man will Marktzugang unter Reziprozitätsbedingungen und Harmonisierungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber dann möchte man doch eine Serie von Besonderheiten, die einem lieb sind, auch in Zukunft beibehalten. Man ist zwar bereit, internationale Abkommen abzuschliessen (etwa im Bereich der menschlichen Sicherheit oder der

Menschenrechte), will sich aber im internen Gesetzgebungs- und Anpassungsprozess keinen Fahrplan aufzwingen lassen.

All dies sind nur Beispiele, die uns daran erinnern, wie schwierig die aussenpolitische Positionierung geworden ist. Wir brauchen realistische Ansätze, das Herunterbrechen von Ideen und Idealen in überschaubare und verdaubare politische Schritte, eine ständige Abgleichung innen- und aussenpolitischer Interessen und Prozesse. Wir müssen fähig sein, auch widersprüchliche Forderungen aufzunehmen, im Spannungsfeld von innen und aussen zu kanalisieren. Und wir haben grosse Kommunikationsbedürfnisse, innenpolitisch das zu erklären, was wir aussenpolitisch machen und in der Aussenpolitik zu erklären, wie unsere Innenpolitik funktioniert und weshalb Interessen auf diese oder jene Weise artikuliert werden. Als ich kurz nach meinem Amtsantritt die öffentliche Diplomatie zu einem wichtigen Ziel erklärt habe, wurde ich von vielen kritisiert; ich bin heute mehr denn je überzeugt, dass diese in unserem System der einzige Weg ist, für unsere Aussenpolitik den politischen Konsens längerfristig zu sichern.

Wir haben uns seit dem ersten aussenpolitischen Bericht von 1993 am Satz orientiert, dass Aussenpolitik Interessenpolitik ist. Wir haben aufgrund unseres Verfassungsrahmens und unserer praktischen Erfahrung heute ein zuverlässiges Bild, wie breit unsere Interessen sind, respektive wo diese liegen:

- in stabilen internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen mit gesichertem „level playing field“ für Wirtschaft und Banken auf dem internationalen Markt;**
- in einer nachhaltigen Entwicklung, internationaler Stabilität und Sicherheit, in der Friedensförderung und der Respektierung der Menschenrechte bei uns und in unserem Umfeld;**
- generell immer in der Förderung und Privilegierung qualitativer Lösungsansätze gegenüber quantitativen Leistungen, sei dies im Bereich der Wirtschaft, der Politik oder von Innovation und Wissenschaft;**
- bei der Entwicklung regionaler und globaler Gouvernanzstrukturen, welche uns adäquate Mitsprache auf internationaler Ebene sichern;**
- Und dann liegt eben Aussenpolitik als Interessenpolitik, wie angedeutet, auch in der Angleichung innen- und aussenpolitischer Prozesse.**

Wenn sich für die schweizerische Aussenpolitik aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre eine Schlussfolgerung aufdrängt, so jene, dass die Interessen des Landes wie sie die Innenpolitik artikuliert, durch eine verstärkte Präsenz und Interessenvertretung gegen aussen begleitet werden müssen. Passives Abseitsstehen führt nicht zu wirkungsvoller Interessenvertretung. Diese kann nur durch Engagement, Präsenz, Mitwirkung und Einflussnahme gesichert werden. Dazu gehören Ideen, Ressourcen, Beharrlichkeit in der Verfolgung der Ziele, die Fähigkeit, Allianzen zu bilden und Machtverhältnisse zu verändern, und der Wille, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Mit einem selbstbewussten Auftritt, mit Initiativen und Engagement, mit Knochenarbeit an komplizierten Fragen, welche oft wenig Beachtung finden, und mit hoher Professionalität haben wir uns Respekt verschafft: in Europa mit der Organisation und Vertiefung des bilateralen Wegs, im Nahen Osten durch die Genfer Initiative und den Dialog mit Hamas, im Balkan mit der weitsichtigen Anerkennung des Kosovo und unserem auf Versöhnung ausgerichteten Friedensprogramm, im Kaukasus durch unsere Vermittlungsbemühungen zwischen Armenien und der Türkei, Russland und Georgien, in Nepal durch unsere entwicklungs- und friedenspolitischen Aktivitäten, in Burundi durch die Verbindung bilateraler und multilateraler Unterstützung im Rahmen der UNO Kommission für Friedenskonsolidierung, in der UNO durch unsere Vorschläge für die Reform des Sicherheitsrates und unser Engagement für den Menschenrechtsrat, unter bedrohten Zivilbevölkerungen durch unser klares Engagement zugunsten der menschlichen Sicherheit – die Liste könnte noch lange fortgesetzt werden. Diese Engagements haben sich gelohnt und haben die Schweiz wie nie zuvor als aktives und handlungsorientiertes Land auf der politischen Landkarte der Welt positioniert.

Ob bi- oder multilaterale, europäische oder globale, fachspezifische oder aussenpolitische Prioritäten und Perspektiven vorzuziehen sind, ist heute eine reichlich akademische Debatte: wir haben gelernt, dass geschickte Interessenvertretung gerade in der Verbindung der verschiedenen Ansätze besteht. Das erfordert Absprachen und Zusammenwirken in und zwischen Departementen. Bei diesen kommt gerade den Missionschefs im Ausland eine erstrangige Bedeutung zu: sie müssen ein kritisches Auge auf die Kohärenz des schweizerischen Auftritts werfen und der EDA Zentrale signalisieren, wenn noch unerkannte Abstimmungsbedürfnisse bestehen.

Meine Damen und Herren,

Unsere Aussenpolitik hat sich im vergangenen Jahrzehnt massgeblich an der Weiterentwicklung von Konzepten und Politiken auf internationaler Ebene beteiligt. Wir haben die Politik der menschlichen Sicherheit durch zahlreiche Initiativen weiterentwickelt, wir haben Vorschläge zur Reform von Institutionen und zu globalen Gouvernanzfragen gemacht, wir haben unsere Vermittlungsbemühungen in Konflikten verstärkt, wir haben uns durch Dialog mit schwierigen, aber relevanten Partnern gegen Stigmatisierungen gewandt, um der Diplomatie vor der Gewalt eine Chance zu geben. Wir haben uns um die Weiterentwicklung des Rechtes bemüht, insbesondere im Bereich des Schutzes der Zivilbevölkerungen, auch wenn wir uns vielerorts mit soft law begnügen mussten, wo wir gerne verbindlicheren Abmachungen zum Durchbruch verholfen hätten. Wir haben insbesondere im Bereich der Armutsbekämpfung und der Bewältigung anderer globaler Fragen Fortschritte gemacht, von Wasser- zu Klimafragen, von Migration zu Gesundheitsfragen.

Es ist uns gelungen, die Weiterentwicklung von Ideen und Konzepten mit mehr Ressourcen zu unterstützen: es ist uns gelungen, Parlament und Bundesrat zu einem weiteren Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit mit der Zielgrösse 0,5 Prozent des BIP zu überzeugen, und wir haben eben kürzlich die neue Botschaft zur Friedenspolitik mit einem erweiterten Finanzrahmen durch den Bundesrat gebracht.

Wenn gewisse Kreise nun heute kritisieren, dass dies alles nur aus Profilierungsgründen geschehen ist, ist dies ganz einfach falsch. Wir haben diese Politik entwickelt, weil sie richtig ist und den heutigen Problemen angepasst, weil sie den schweizerischen Traditionen von Humanität und Solidarität entspricht und weil sie unseren Interessen entspricht, präsent zu sein und die Schweiz als Land zu verorten, welches zur Lösung von Problemen beiträgt. Nur diese konsequente Politik erlaubt heute und in Zukunft, dass wir auch spezifische Interessen gegenüber unseren internationalen Partnern durchsetzen können.

In der Verfolgung dieser Politik galt und gilt es immer auch realistische Einschätzungen von Macht vorzunehmen. Es gibt jene, welche glauben, dass wir machtlos sind und ohnehin nichts ausrichten können. Es gibt jene, welche glauben wir könnten alles und zu allen Problemen Lösungen aufzwingen. Beide

liegen völlig falsch. Internationale Beziehungen sind Machtbeziehungen, geprägt von der Kompromissuche zwischen unterschiedlichen Interessen. Was wir in der Innenpolitik seit Jahrhunderten praktizieren, ist nun auch der Kern unserer Aussenpolitik: Wir schmieden Allianzen, suchen Mehrheiten, machen Kompromisse, schnüren Pakete – immer die Interessen des Landes vor Augen - wie sie sich in einem bestimmten Zeitpunkt artikulieren. Wir müssen ständig abwägen zwischen dem, was wir wollen, dem, was andere von uns wollen und dem was realistischerweise erreichbar ist. Wir müssen abwägen zwischen den Vorteilen der Anpassung an internationale Rahmenbedingungen und den Vorteilen eigenständiger und massgeschneiderter Lösungen für die Schweiz.

Es gibt jene, welche kritisieren, dass die schweizerische Diplomatie zu konzilient, zu wenig hart, zu anpasserisch verhandelt. Das sind letztlich nichtssagende und billige Vorwürfe, denn die Frage ist, ob wir Probleme lösen und Interessenausgleiche finden. Härte ist so wenig eine Tugend wie Konzilianz – was in der Aussenpolitik zählt, sind Ergebnisse.

Wir haben durch Beharrlichkeit unser Verhältnis mit der EU gestaltet, wir haben die Schweiz als wichtigen Akteur in den Vereinten Nationen positioniert, wir haben mit wichtigen Ländern der G20 politische Dialoge aufgebaut und gegenüber den G20 wichtige Inputs zu international bedeutenden Themen, wie der Korruption oder der Volatilität der Rohstoffmärkte geleistet. Wir haben uns erfolgreich für günstige Rahmenbedingungen des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz eingesetzt, wir haben innovative Ideen zur Stärkung nuklearer Sicherheit in die jüngsten Diskussionen eingebracht, wir haben die konsularische Betreuung von Schweizerinnen und Schweizern im Ausland verbessert, um nur einige Beispiele zu nennen.

Natürlich sind wir mit einer Reihe von Fragen konfrontiert, zu welchen wir noch keine Lösungen haben: Wir stehen in schwierigen Vor-Verhandlungen mit der europäischen Union über ein weiteres Paket bilateraler Verhandlungen und über Anwendungsfragen der bisherigen Abkommen, wir haben Interessendivergenzen mit wichtigen Wirtschaftspartnern über Steuerfragen, wir streiten uns mit unseren Nachbarn über Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere über unsere Flughäfen und andere Verkehrsfragen. Wir sind um konkrete Problemlösungen bemüht und haben

konstruktive Vorschläge gemacht, wie wir aus Blockierungen herausfinden – in einigen Bereichen mit Erfolg.

Liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,

Wir haben also einiges erreicht und noch manches vor. Ich wünsche und hoffe, dass die Botschafterkonferenz auch in diesem Jahr Ausgangspunkt für engagierte Vorhaben wird, mit welchen wir in der Tradition von Präsenz und Einflussnahme gemeinsam die Stellung der Schweiz in der Welt stärken.